

# Kurskorrekturen erfordert! Die Finanz- und Wirtschaftskrise in der feministischen Kritik

ALEXANDRA SCHEELE

In seiner ursprünglichen, aus dem Griechischen abgeleiteten Bedeutung bezeichnet der Begriff Krise einen kurzen, entscheidenden Wendepunkt. Erst durch die Bedeutungserweiterung von der Beschreibung medizinischer Vorgänge hin zu allgemeinen, wirtschaftlichen oder psychologischen Vorgängen erhalten auch länger anhaltende Phänomene die Bezeichnung Krise. Insofern lassen sich die finanz- und wirtschaftspolitischen Ereignisse im Herbst 2008 zunächst als Krise in ihrem ursprünglichen Verständnis bezeichnen, nun, im Jahre zwei, ist deutlich, dass sie noch lange nicht beendet ist, sondern verschuldete Staaten, eingebrochene Absatzmärkte, Produktionsrückgänge und hohe Arbeitslosigkeit nach sich zieht – um nur einige zentrale Aspekte zu benennen. Ausgeblieben ist bislang jedoch der im ursprünglichen Verständnis vorgesehene Wendepunkt. Die insbesondere in der geschlechterpolitischen und feministischen Auseinandersetzung formulierten Hoffnungen darauf, dass die Krise den Ausgangspunkt einer tiefgreifenden gesellschaftlichen, insbesondere aber auch ökonomischen Transformation bilden könnte, haben sich bislang nicht erfüllt. Nachdem dort zu Beginn der Krise nur ein diffuses Unbehagen darüber geäußert wurde, dass es sich bei den Akteuren der Finanzwirtschaft überwiegend um Männer handelt und dass die ersten, schnell ergriffenen politischen Maßnahmen überwiegend von Männern dominierten Branchen und Berufen zugute kamen, gibt es inzwischen eine Vielzahl von Analysen, die die Geschlechterdimension der Krise in ihrer Tiefenstruktur und in ihrer Breitenwirkung deutlich machen. Diese bewegen sich auf drei Ebenen: Erstens werden die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise analysiert und gefragt, inwieweit diese nicht nur Ergebnis unzureichender Regulierungs- und Steuerungsmechanismen ist, sondern welche Bedeutung Geschlechterasymmetrien in nahezu allen Bereichen der Finanzökonomie haben. Zweitens werden die Wirkungen der Krise einer Geschlechteranalyse unterzogen und gefragt, ob Frauen und Männer unterschiedlich stark – z.B. von Arbeitslosigkeit – betroffen sind und wie sich bestehende Ungleichheiten sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen oder auch verschiedenen Ländern wechselseitig verstärken. Drittens werden die politischen Maßnahmen, die in Folge der Krise eingeleitet wurden, dahingehend analysiert, ob sie direkt eine geschlechterdiskriminierende Wirkung haben, z.B. durch die einseitige Förderung von industrieller Produktion oder ob sie sich zeitversetzt zum Nachteil von Frauen

auswirken, z.B. wenn im Zuge von Haushaltskonsolidierung Einsparungen im öffentlichen Dienst stattfinden.

Die vier Beiträge im Forum, dem neu eingeführten Debattenraum der *Femina Politica*, geben Einblick in diese Analysen, wobei der Fokus auf den beiden letztgenannten Ebenen liegt. Einführend geben Birgit Erbe und Claudia Neusüß einen Überblick über die geschlechterpolitischen Diskurse in Deutschland zur Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie machen deren Potenziale deutlich, problematisieren allerdings, dass sie kaum Eingang in die Mainstream-Debatten gefunden haben.

Sabine Reiner und Gabriele Schambach analysieren die Konjunkturprogramme und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Großen Koalition und der jetzigen schwarz-gelben Koalition hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen und Männer. Sie kritisieren, dass es sich dabei um eine sehr kurzfristige Politik handelt, die keine Perspektiven für einen grundlegenden Wandel verfolgt.

Gülay Caglar zeigt, in welcher Weise Länder des Südens von der in den Industrienationen ausgelösten Wirtschaftskrise betroffen sind und wie sich global die Arbeitmarktsituation für Frauen und Männer im Zuge der Krise verschlechtert. Unter Bezugnahme auf Diane Elson argumentiert sie, dass Finanzwirtschaft, Produktion und Reproduktion in ihrem Zusammenhang in den Blick genommen werden müssen.

Gabriele Michalitsch schließlich interpretiert die Krise als umfassende Krise neoliberaler Regierung und zeigt die Zusammenhänge zwischen der ökonomischen Krise, sozialen Krise und der Krise der Arbeit auf. Eine Alternative bestehe hingegen in der Entökonomisierung des Selbst, Lösung des Widerspruchs zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie ihrer Entgeschlechtlichung.

Das aktuelle Forum der *Femina Politica* bündelt somit feministische Analysen der Krise und gibt erste Antworten auf die Frage nach deren geschlechtsspezifischen Ursachen und Auswirkungen. Strategieentwürfe für ein grundsätzliches Umdenken angesichts der Krise werden formuliert – ob und welches Gehör die Forderungen nach Korrekturen der bisherigen Politik in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Zukunft finden werden bleibt abzuwarten.